



Landespressestelle Vorarlberg

*informiert*

*Pressefoyer – Dienstag, 29. Mai 2012*

**"Möglichkeiten zur regionalen  
Auftragsvergabe nützen,  
Wertschöpfung im Land halten"**

*mit*

**Landeshauptmann Mag. Markus Wallner**  
**Präsident Manfred Rein**  
*(Wirtschaftskammer Vorarlberg)*

Amt der Vorarlberger Landesregierung Landespressestelle Landhaus A-6901 Bregenz

Tel: +43(0)5574/511-20135 Fax: +43(0)5574/511-20190 DVR 0058751

E-Mail: [presse@vorarlberg.at](mailto:presse@vorarlberg.at) [www.vorarlberg.at](http://www.vorarlberg.at) Hotline: +43(0)664/6255668 oder +43(0)664/6255667

# **Möglichkeiten zur regionalen Auftragsvergabe nützen, Wertschöpfung im Land halten**

Pressefoyer, 29. Mai 2012

**Das Land Vorarlberg, die Gemeinden und die Wirtschaftskammer sind sich einig: Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge müssen die gesetzlichen Spielräume bestmöglich genutzt werden, damit heimische Unternehmen in der Region zum Zug kommen und Wertschöpfung im Land gehalten werden kann. Das neu überarbeitete "Handbuch zur Regionalvergabe 2012" wartet mit einer Reihe von Praxisbeispielen und Empfehlungen an die Gemeinden auf, wie sie im Rahmen von Auftragsvergaben die regionale Wirtschaft gezielt unterstützen können.**

Landeshauptmann Markus Wallner wertet die gemeinsame Initiative von Land, Gemeindeverband und Wirtschaftskammer als klares Signal an die Vorarlberger Unternehmerschaft: "Der Anteil der öffentlichen Aufträge am Gesamtauftragsvolumen des Vorarlberger Gewerbes beträgt fast ein Viertel. Hier geht es um Wertschöpfung und Kaufkraft in der Region, um örtliche Nahversorgung und Arbeitsplätze, um Wohlstand und Lebensqualität."

Insbesondere fordert Landeshauptmann Wallner – ebenso wie Wirtschaftskammerpräsident Manfred Rein und Gemeindeverbandspräsident Harald Sonderegger –, dass die gelockerten Schwellenwerte bei Auftragsvergaben erneut verlängert werden. Diese betragen bis zu 100.000 Euro bei Direktvergaben und bis zu einer Million Euro bei nicht offenen Verfahren im Bauwesen. "Es besteht keine EU-rechtliche Verpflichtung, diese Wertgrenzen zu Jahresende wieder herabzusetzen. Durch die Verlängerung der geltenden Schwellenwert-Verordnung soll den Gemeinden weiterhin der notwendige Spielraum gelassen werden, um kleinere Aufträge ohne große bürokratische Hürden zu vergeben", betont Wallner.

Gleiches gilt für Aufträge des Landes. Zur Veranschaulichung: Seit Inkrafttreten der Verordnung im Mai 2009 konnten bei Hochbauprojekten des Landes Direktvergaben im Umfang von 11,8 Millionen Euro zusätzlich an heimische Unternehmen vergeben werden. Aufträge aufgrund eines nicht-offenen Verfahrens wurden im Umfang von 10,5 Millionen Euro vergeben – also insgesamt über 22 Millionen Euro an zusätzlichen Aufträgen aus dem Hochbau für die heimische Wirtschaft.

Was für positive Effekte dadurch erzielt werden können, lässt sich z.B. anhand der Ergebnisse einer Untersuchung der KMU Forschung

Austria für das Land Niederösterreich veranschaulichen. Ein (zusätzliches) Auftragsvolumen der öffentlichen Hand in Höhe von einer Million Euro bringt demnach für die betroffene Region

- zehn neue Arbeitsplätze, darunter eine Lehrstelle,
- Kommunalabgaben in Höhe von 7.300 Euro,
- eine Erhöhung der regionalen Kaufkraft um 200.000 Euro,
- Positive Effekte für die Umwelt und die Energiebilanz durch kürzere Fahrzeiten von und zum Erfüllungsort der Leistung.

### **Wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Unternehmen**

Die Vorarlberger Wirtschaft ist in weiten Teilen klein- und mittelständisch strukturiert. Rund 90 Prozent der heimischen Unternehmen haben zehn oder weniger Beschäftigte. Damit gerade diese Betriebe bestehen können, ist es wichtig die Wertschöpfungskette möglichst im Land und in der Region zu erhalten, sagt WK-Präsident Rein: "Unsere Unternehmen erfüllen vielfältige Aufgaben und sind für das Leben in Vorarlberg nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht von großer Bedeutung. Neben der Sicherung von Arbeitsplätzen und der beruflichen Ausbildung der Jugend leisten sie einen wertvollen Beitrag für das soziale Gefüge."

Bisher sind die Unternehmen, obwohl unverzichtbar für die Lebensqualität in den Regionen, in öffentliche Beschaffungsvorgänge der Gemeinden oft viel zu wenig eingebunden. Die Gründe dafür sind vielfältig: Dazu zählt etwa eine steigende Tendenz zu zentralisierten Beschaffungen. Zugleich erhöht die zunehmende Komplexität des Vergaberechts die Hemmschwellen öffentlicher Auftraggeber, die Spielräume zur Unterstützung der Regionalwirtschaft im Vergabewesen auch tatsächlich zu nutzen.

### **Billigstbieter ist nicht immer gleich Bestbieter**

Mit dem neu überarbeiteten "Handbuch zur Regionalvergabe mit Praxisbeispielen 2012" verfolgt die Wirtschaftskammer Vorarlberg ein klares Ziel, so Rein: "Die Gemeinden sollen die öffentliche Auftragsvergabe als Chance verstehen, regionale Betriebe – im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten – gezielt zu fördern."

Zu diesem Zweck zeigt das Handbuch anhand vieler praktischer Beispiele auf, wie Ausschreibungen – in gesetzeskonformer Weise – regional- und KMU-freundlich gestaltet werden können: Durch gewerkeweise Vergabe, Losteilung und die Wahl des Bestbieter-Prinzips mit regionalen Kriterien können auch für kleine Betriebe die Chancen erhöht werden, bei Ausschreibungen zum Zug zu kommen. Das Bestbieter-Prinzip ermöglicht es, neben dem Preis auch andere

Kriterien zu bewerten, etwa Lebenszykluskosten, Qualität, umweltgerechte oder soziale Leistungen, rasche Verfügbarkeit im Nahraum etc.

### **Gelockerte Schwellenwerte verlängern**

Wie und in welcher Form öffentliche Aufträge zu erfolgen haben, ist im Vergabegesetz geregelt. Je nach Art und Höhe des Auftragsvolumens sind unterschiedliche Verfahrensarten anzuwenden. Ebenso wie das Land haben auch die Gemeinden, die zusammen den größten Teil der öffentlichen Aufträge vergeben, starkes Interesse daran, dass die aktuell geltenden Wertgrenzen (bis zu 100.000 Euro bei Direktvergaben, bis zu einer Million Euro bei nicht offenen Vergaben im Bauwesen) bestehen bleiben. Gemeindeverbandspräsident Sonderegger sieht darin eine "praktikable und vernünftige Lösung", wogegen ein Ende der höheren Schwellenwerte sowohl Auftragnehmer wie Auftraggeber treffen und die regionale Wirtschaft schwächen würde.

Das neue Vergabehandbuch ist für Sonderegger "ein praxisorientierter Leitfaden und wichtiger Ratgeber für die Gemeinden". Das Handbuch zeige Möglichkeiten auf, wie Bürgermeister und Gemeindeverwaltungen regionale Vergaben in der Wirtschaft transparent handhaben können. Gerade bei größeren Auftragsvolumen sei bei der Ausschreibungsgestaltung die Ausschöpfung der vorhandenen Möglichkeiten angesagt, um zu regionalen Auftragsvergaben zu kommen, und hier seien die angeführten Praxisbeispiele sehr hilfreich.

(vergabe.pku)